



Autismus Mittelfranken e.V.

Alexander Geist – Am Kieselgraben 42 – 90584 Allersberg

Geschäftsstelle:

Alexander Geist

Am Kieselgraben 42

90584 Allersberg

Tel.: 09176/997461

E-Mail: vorstand@autismus-mfr.de

Sehr geehrte Verantwortliche in Politik und Verwaltung,

wir als Selbsthilfeverein Autismus Mittelfranken e.V. schreiben Ihnen, um Sie auf die zunehmend prekäre Lage von Autistinnen und Autisten und ihren Angehörigen in Bayern aufmerksam zu machen.

Unsere Mitglieder und viele andere ehrenamtlich Engagierte haben sich viele Jahre lang in die Ausarbeitung von Umsetzungsmaßnahmen der Autismusstrategie Bayern eingebracht und tun dies weiterhin. Wir erhofften uns, auf diese Weise den teils massiven Herausforderungen, vor denen Betroffene stehen, begegnen zu können. Nun haben wir erfahren, dass diese Strategie aus finanziellen und politischen Gründen nicht oder nur unzureichend umgesetzt werden soll.

Wir fordern, dass unsere Expertise und Arbeit ernst genommen und in konkrete Maßnahmen überführt werden. Im Einzelnen beobachten wir u.a. in folgenden Bereichen massive Krisen, die sich mit jedem Jahr verstärken:

1) Diagnostik und medizinische Versorgung

Ohne abgeschlossene Diagnostik haben Autistinnen und Autisten wenige Möglichkeiten, Hilfe im Alltag zu bekommen: dies erschwert das Leben in allen Bereichen von der Kindergartenplatzsuche über das Finden einer geeigneten Schule und Therapie bis hin zum Wohnplatz.

Sowohl niedergelassene Psychiaterinnen und Psychiater als auch Kinderkliniken und andere Kliniken haben zu geringe Kapazitäten, was zu teils jahrelangen Wartezeiten auf eine Diagnosestellung führt. In Nordbayern ist es z.B. für Erwachsene so gut wie unmöglich, überhaupt eine Diagnosestelle zu finden. Kinder- und Allgemeinärzte haben zum Teil nur wenig Erfahrung mit Autismus.

Bei für Autistinnen und Autisten wichtigen Medikamenten gibt es Lieferengpässe. Ihnen zu begegnen bringt für Betroffene oft sehr viel zeitlichen Aufwand und große logistische Probleme mit sich.

2) Therapien und Hilfsmittel

Ebenso mangelhaft ist die Lage bei Therapieangeboten: Autismus-Ambulanzen haben für kleine Kinder bis hin zu Erwachsenen teils Wartelisten von 3-4 Jahren oder mehr. Je später Therapien angeboten werden, desto gravierender sind die Langzeitfolgen für die Betroffenen, allen voran die Kinder im Autismus-Spektrum.

Aufgrund von Personalmangel und strukturellen Mängeln gibt es u.a. zu wenige Angebote im Bereich Logopädie, Ergotherapie und autismspezifischer Förderung und das in allen Bereichen vom Kindergarten bis hin zu Wohngruppen.

Obwohl ein Mangel an Therapeutinnen und Therapeuten sich bereits über Jahre angekündigt hat, wird nicht genug unternommen, um mehr Menschen in diesem Bereich in Ausbildung zu bringen.



Darüber hinaus werden notwendige Hilfsmittel für Autistinnen und Autisten wie z.B. Reha-Buggys, Pflegebetten oder sog. Talker zu spät oder gar nicht bewilligt, da aus Mangel an Wissen über Autismus ihre Notwendigkeit nicht gesehen wird. Eltern autistischer Kinder müssen für Therapien immer wieder neue Rezepte von Kinderärztinnen und -ärzten anfordern, da Langzeitverordnungen abgelehnt werden, obwohl eine kontinuierliche Therapie notwendig ist.

3) Bildung und Teilhabe

Neben den genannten Punkten erfahren Menschen im Autismus-Spektrum häufig zu wenig Unterstützung im Bereich Bildung und Teilhabe: Es gibt eine viel zu knappe Anzahl an passenden Schul- und Kindergartenplätzen. Eltern von autistischen Kindern werden von vielen Schulen abgelehnt oder weiterverwiesen. Regelschulen und -kindergärten verweisen aus Kapazitätsmangel auf Förderschulen und -kindergärten, doch auch diese sind überlastet. Individuelle Lösungen, die Kinder bestmöglich unterstützen könnten, werden abgelehnt.

Schon Kindergartenkinder haben teils Fahrtwege von je 1,5 Stunden für Hin- und Rückweg, um überhaupt einen Kindergartenplatz zu bekommen. Den Kindern, die einen Platz erhalten haben, werden Schul- und Kitabegleitungen gekürzt oder gar nicht bewilligt. Darüber hinaus erhalten die Kinder keine Nachmittagsbetreuung - mit gravierenden Folgen für die Eltern: diese müssen ab Mittag oder teils ganztags die Kinder selbst betreuen, verlieren dadurch ihre Arbeitsstelle oder werden in Teilzeitstellen gezwungen. Sie müssen auf Bürgergeld zurückgreifen, was sie vor weitere massive Herausforderungen stellt.

4) Bürokratie und Pflege

In allen Bereichen ist der bürokratische Aufwand für die Betroffenen und Familien immens: Anträge müssen teilweise regelmäßig neu gestellt und Widersprüche formuliert werden. Menschen, die über Hilfen entscheiden, sind oft unzureichend zum Thema Autismus geschult.

Die Umsetzung der Idee, den Pflegegrad 1 zu streichen, würde die Situation weiter verschlimmern.

Die bisherigen Möglichkeiten für Autistinnen und Autisten und ihre Angehörigen, in Kur- und Rehaeinrichtungen Hilfe zu erhalten, werden von Jahr zu Jahr weniger: Aufgrund von Personalmangel werden Betroffene mit hohem Hilfebedarf nicht mehr aufgenommen und die dringend benötigte Hilfe und Erholung für Betroffene und Eltern bleibt aus, obwohl sie für einen funktionierenden Pflegealltag bzw. den Erhalt der Pflegefähigkeit dringend notwendig wäre. Langzeitfolgen wie Depressionen und Burnout-Diagnosen machen die Situation noch prekärer.

5) Wohnsituation

Ähnlich kritisch ist die Wohnsituation von erwachsenen Autistinnen und Autisten: Wenige finden einen Wohnplatz. Viele warten jahrelang auf ein geeignetes Angebot. Wiederum aufgrund von fehlendem Personal können Betroffene nicht ihren Bedürfnissen entsprechend betreut werden. Die entsprechenden Reaktionen werden als „unzumutbar“ für Pflege- und Betreuungspersonal wahrgenommen und vielen Menschen im Autismus-Spektrum wird der Wohn- oder Werkstattplatz gekündigt. Angehörige leben mit der ständigen Angst, schon bald wieder eine durchgehende Betreuung gewährleisten zu müssen.

Versuche, eigene Wohnprojekte aufzubauen, werden behindert oder sogar verhindert. Für solche Wohnprojekte notwendige Mittel wie das sog. Persönliche Budget werden u.a. mit



der nicht rechtskonformen Begründung, die betroffenen Autistinnen und Autisten seien nicht „regiefähig“, abgelehnt.

6) Beratungsstellen

Für Autistinnen und Autisten jeden Alters und für ihre Angehörigen sind Beratungsstellen, die zu sozialrechtlichen Fragen, Diagnostikstellen, Beschulungs- und Therapiemöglichkeiten, Wohnformen und vielen anderen Themen beraten, von unschätzbarem Wert. Ohne sie wären Betroffene mit der Flut an Informationen und Bürokratie überfordert und ihre Situation noch wesentlich schwieriger, als sie ohnehin schon ist.

Exemplarisch möchten wir am Beispiel des Autismus-Kompetenz-Zentrums Mittelfranken in Nürnberg darlegen, mit welchen Herausforderungen Beratungsstellen zu kämpfen haben:

Seit das Autismus-Kompetenz-Zentrum Mittelfranken im Jahr 2007 seine Arbeit aufgenommen hat, ist die Anzahl der zu beratenden Personen bzw. Beratungsgespräche stetig gestiegen. Dadurch, dass praktisch alle Versorgungsangebote gravierend überlastet sind, finden viele Leistungsberechtigte keinen adäquaten Zugang zu Unterstützungsleistungen – in die sie das Beratungsteam des Autismus-Kompetenz-Zentrums eigentlich lotsen soll – und stehen auf langen Wartelisten für einen Wohnplatz, Autismustherapie, Frühförderung oder eine heilpädagogische Tagesstätte usw. Aufgrund der unzureichenden Versorgung wächst die Not in den Familien und viele kommen in krisenhaft zugespitzter Situation wieder in die Beratung des Autismus-Kompetenz-Zentrums, und suchen dort (erneut) Hilfe. Die Kapazitäten des Beratungsteams sind allerdings auf drei Vollzeitstellen für den Bedarf in ganz Mittelfranken begrenzt und können dieser dynamischen Entwicklung keineswegs gerecht werden. Die Folgen sind unzumutbare Wartezeiten für Beratungsanfragen, die nicht vereinbar sind mit der (laut Förderrichtlinien) gebotenen Niederschwelligkeit des Beratungsangebots im Autismus-Kompetenz-Zentrum.

Zur Veranschaulichung ein Zahlenvergleich des laufenden Kalenderjahres mit 2024: Während sich 2024 die Anzahl der beratenen Personen auf 1386 belief bei einer Gesamtzahl von 1707 Gesprächen, sind dies zum 31.10.2025 bereits 1542 beratene Personen mit insgesamt 1782 Gesprächskontakten. Berücksichtigt man außerdem neben den Beratungskontakten auch noch die Bildungs- und Gruppenangebote des Autismus-Kompetenz-Zentrums, ergibt sich für den Personenkreis der Menschen mit Behinderung eine Steigerung von 1512 Personen im Jahr 2024 auf 1869 Personen allein von Januar bis Oktober 2025.

Trotz dieser eklatanten Zahlen ist der Antrag auf Erhöhung der Beratungsstellen von drei auf 3,5 Vollzeitstellen durch den Bezirk Mittelfranken nicht bewilligt worden. Dies bedeutet für Beratungssuchende eine Verlängerung der Wartezeit, die aktuell bereits drei Monate für eine Erstberatung beträgt. Das ist mehr als prekär in Zeiten, in denen die Unterstützungsangebote an praktisch allen Stellen einbrechen.

7) Konsequenzen für Betroffene

Sollte sich an den aktuellen Missständen nichts ändern, wären die Konsequenzen weiterhin gravierend: Betroffene und Familien, allen voran die Kinder, leiden massiv unter der mangelnden Unterstützung. Familien von Betroffenen und Ehen oder Partnerschaften von Eltern autistischer Kindern zerbrechen. Arbeitsplätze gehen verloren. Der massive alltägliche Stress führt zu Diagnosen wie Burnout.



8) Unsere Forderungen

Da wir die zunehmende Verschlechterung in allen diesen Bereichen selbst täglich erfahren und von Betroffenen hören, fordern wir einen Dialog und konkrete Informationen zu Folgendem:

- Was unternehmen das Bayerische Gesundheitsministerium und Familienministerium aktuell, um die Lebenssituation von Autistinnen und Autisten zu verbessern?
- Wann und inwiefern soll die oben genannte Autismusstrategie Bayern umfassend umgesetzt werden?
- Warum wird diese trotz breiter ehrenamtlicher Beteiligung beim Entwickeln von Umsetzungsstrategien bisher kaum realisiert bzw. ihr die finanzielle Grundlage entzogen?
- Was wird konkret unternommen, um mehr Diagnostikmöglichkeiten und mehr Therapieplätze aufzubauen, um dem Personalmangel bei Integrations- und Schulbegleitung entgegenzuwirken, um Bürokratie abzubauen, um geeignete Wohnformen umzusetzen und um Pflege- und Betreuungsberufe insgesamt, z.B. durch ein soziales Pflichtjahr oder finanzielle Anreize attraktiver zu machen?
- Um dem Bedarf in ganz Mittelfranken (also dem Zuständigkeitsbereich unseres Selbsthilfevereins) besser gerecht zu werden, dringen wir mit Verweis auf das Bundesteilhabegesetz und die Autismusstrategie Bayerns darauf, dass der Bezirk Mittelfranken in Anbetracht des massiv erhöhten Beratungsaufkommens dem Antrag auf eine zusätzliche halbe Stelle im Beratungsteam des Autismus-Kompetenz-Zentrums Mittelfranken zustimmt. Auf diese Weise könnten die Folgen einer deutlich verschlechterten generellen Versorgungssituation für Autistinnen und Autisten zumindest etwas gemildert werden.

Wir bitten Sie dringend, dieses Schreiben zur Kenntnis zu nehmen, mit uns in einen Dialog zu treten und unsere Fragen zu beantworten.

Mit freundlichen Grüßen

Alexander Geist, Erster Vorsitzender von Autismus Mittelfranken e.V.

Lilli Schenke, Zweite Vorsitzende von Autismus Mittelfranken e.V.